

## Württembergisches Wort zur Interkulturellen Woche 2022

2022 ist die Welt in dramatischer Weise zu einem noch weniger friedlichen Ort geworden. Zu den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt und wachsender politischer Instabilität in vielen Ländern und Regionen kommt seit dem 24. Februar der Angriffskrieg auf die Ukraine, den Russland unter dem Putin-Regime mit schrecklicher Brutalität und gegen jedes Recht führt. Menschen müssen um Leib und Leben fürchten, werden bombardiert und vertrieben. Zerstört werden Wohnhäuser und zivile Einrichtungen, zerstört werden Lebenssicherheit, Hoffnungen und Träume – einzelner Menschen, von Familien und ganzen Gesellschaften.

Jede Bombe erschüttert auch das Vertrauen in tragfähige Friedensordnungen, in politische Einflussmöglichkeiten freiheitlicher Demokratien und viele weitere Gewissheiten, die wir bislang als selbstverständlich angenommen hatten. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine betreffen weit über Europa hinaus die ganze Welt und verschlechtern die Lebensbedingungen von Millionen Menschen. Hunger, Energiekrisen, Teuerungen in nicht gekanntem Ausmaß und die weitere Unterbrechung von Lieferketten stehen an erster Stelle.

Der Krieg in der Ukraine hat uns das Leid und Leiden von Menschen sehr nahe gebracht. Mit dem Miterleben der unmittelbaren Not geflüchteter Menschen, die direkt dem Krieg entkommen sind, ist hierzulande die Zustimmung dafür wieder gewachsen, dass Verfolgte und an Leib und Leben bedrohte Menschen unbedingten Schutz brauchen. Mit großer Dankbarkeit blicken wir auf die große und vielfältige Hilfe- und Spendenbereitschaft, die den neu angekommenen Flüchtlingen entgegengebracht wird.

Mit großer Erwartung haben wir das im Koalitionsvertrag der Landesregierung in Aussicht gestellte Landesaufnahmeprogramm zur Kenntnis genommen und fordern eine beschleunigte Umsetzung. Das Engagement zahlreicher Städte, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben und bereit sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, ist ein großartiger Beitrag zu Solidarität, zivilgesellschaftlichem Engagement und einer lebendigen Demokratie.

Auch wenn aktuell der Krieg in der Ukraine die größte Aufmerksamkeit findet, ist damit insgesamt das Elend der Menschen in Kriegs- und Krisenregionen wie zum Beispiel in Syrien, Afghanistan, dem Jemen und dem Süd Sudan wieder präsenter geworden. Geflüchtete Menschen aus der Ukraine stärken und fordern unser Erinnern an die Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas, sei es in der Todesfalle Mittelmeer, auf der Balkanroute oder an der Grenze von Belarus. Nach wie vor steht eine menschenrechtlich orientierte europäische Flüchtlingspolitik noch aus. Dass Schutzsuchende unter menschenunwürdigen Bedingungen vor den Toren Europas ausharren müssen verletzt die Würde der Menschen wie auch die Würde Europas.



Auch muss endlich die Zusage der Bundesregierung eingelöst werden, afghanische Ortskräfte und weitere besonders Schutzbedürftigen zügig aufzunehmen. Insgesamt muss der Familiennachzug für alle Berechtigten intensiviert und entbürokratisiert werden – Familie bedeutet eine große Ressource und kann die Integrationsperspektive deutlich unterstützen.

Im Vergleich mit Schutzsuchenden aus anderen Herkunftsländern haben geflüchtete Menschen aus der Ukraine von Anfang an ungleich bessere Start- und Rahmenbedingungen. Diese weisen die Richtung, wie das Asylverfahren für alle schutzsuchenden Menschen nachhaltig verbessert werden muss. Es gelten für alle gleiche Würde und gleiche Rechte. Wir unterstreichen deshalb die Botschaft des Gemeinsamen Wortes der Kirchen: Das Recht auf Zuflucht an einem sicheren Ort ist nicht teilbar.

Dass neben gelebter Solidarität auch neue Spaltungstendenzen in der Gesellschaft entstehen, erfüllt uns mit großer Sorge. Schon bei den Geflüchteten aus der Ukraine werden teilweise Unterscheidungen gemacht und zum Beispiel geflüchtete Roma oder internationale Studierende, meist People of Colour, anders behandelt. Eine weitere Spaltung erleben wir in der ständig zunehmenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Mit den steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen werden die Schlangen vor den Tafelläden mit jeder Woche länger und Fragen weltweiter Gerechtigkeit stellen sich dringlicher denn je.

Wir müssen alles daran setzen, Ungleichheiten zu vermeiden und diese nicht zum Nährboden für Spaltung, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus werden zu lassen. Zusammen mit dem Gemeinsamen Wort der Kirchen betonen wir, dass es keine Kompromisse geben kann, wo Menschen bedroht oder angegriffen werden, weil sie sich für die Würde und das Recht anderer Menschen einsetzen. Als Kirche und Diakonie stehen wir an der Seite derjenigen, die zur Zielscheibe von verbaler und tätlicher Gewalt werden. Dabei sehen wir auch nach innen in unsere eigenen Strukturen, Kirchengemeinden und Einrichtungen und suchen entschieden allen Tendenzen von Ausgrenzung, Herabwürdigung, Diskriminierung und Rassismus zu wehren.

Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind heute zugleich regional wie global gefragt. Mit großer Hochachtung sehen wir auf das Engagement unserer kirchlich-diakonischen Partner in den Ländern Osteuropas, die derzeit in der Aufnahme und Begleitung geflüchteter Menschen Außerordentliches leisten und zusätzlich ihr diakonisches Arbeiten mit alten und kranken Menschen sowie mit Minderheiten weiterführen. Mit derselben Hochachtung sehen wir auf viele Initiativen und Projekte im Globalen Süden, wo Menschen ihr Wirtschaften den Folgen des Klimawandels anpassen müssen, Bildung und Empowerment fördern und für die Rechte der indigenen Bevölkerung eintreten. Wir sind sehr dankbar für alle Spenden an Hoffnung für Osteuropa, Brot für die Welt und die Diakonie Katastrophenhilfe, mit denen Partnerorganisationen in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung unterstützt werden können.



Wir schätzen sehr die Arbeit von internationalen Fachkräften im Land und sehen hierin ein zentrales Migrationsthema, vor allem auch im Hinblick auf Pflegeberufe. Zusammen mit diakonischen Trägern und Partnern im Ausland setzen wir eigene Schwerpunkte in internationalen Ausbildungsprojekten im Pflegebereich, die Menschen aus eher strukturschwachen Ländern Perspektiven eröffnen können. Wir setzen uns ein für faire und legale Migration, die Förderung sozialer Integration und eine intensive Reflexion ethischer Aspekte im Kontext Brain-Drain und vor dem Hintergrund unserer kolonialen Geschichte.

Das Gemeinsame Wort der Kirchen bezeichnet die Interkulturelle Woche als Raum der Ermutigung. Diese Ermutigung brauchen wir in diesem Jahr in besonderer Weise. Wir wünschen Ihnen vor Ort, dass es in diesen Tagen gelingen möge, Vielfalt und eine offene Gesellschaft zu gestalten und zu leben, Brücken zu bauen und im Gespräch zu bleiben. Das Motto der Woche „offen geht“ ermutigt dazu.

Als Christinnen und Christen vertrauen wir dabei auf die Zusage und Verheißung von Gottes gutem Geist als einem Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit ( 2. Tim 1,7).

Wir danken sehr herzlich allen ehrenamtlich und hauptamtlich Mitarbeitenden, die sich im Rahmen der Interkulturellen Woche und über das ganze Jahr in Kirche und Diakonie für Solidarität, Zusammenhalt, sozialen Frieden, eine offene Gesellschaft und die Belange und Rechte benachteiligter Menschen einsetzen, hierzulande und weltweit.

Gottes Segen sei mit Ihnen!



Oberkirchenrat  
Prof. Dr. Ulrich Heckel  
Evangelische Landeskirche  
In Württemberg



Oberkirchenrätin  
Prof. Dr. Annette Noller  
Diakonisches Werk  
Württemberg